



# **MIT OFFENEM HERZEN UND WACHEM VERSTAND**

## ASYL- UND INTEGRATIONSPOLITIK IN SACHSEN

---

**BESCHLUSS DES LANDESPARTEITAGS DER SPD SACHSEN  
AM 7. NOVEMBER 2015 IN GÖRLITZ**

## 1. Flucht, Asyl und Integration in Sachsen

Unser Land muss sich im Augenblick der größten humanitären und gesellschaftlichen Herausforderung seit den 1990er Jahren stellen. Damals suchten wegen der Konflikte auf dem Balkan hunderttausende Geflüchtete in Europa Schutz und haben ihn gefunden. Deutschland und seine europäischen Partner werden es auch heute schaffen, den Geflüchteten zu helfen und eine Heimat zu bieten. Wir müssen die anstehenden Aufgaben alle – Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gemeinsam mit offenem Herzen und wachem Verstand lösen.

Außer Frage steht, dass diese Migrationsbewegung unser Land nachhaltig verändern wird. Wie diese Veränderung aussieht, ist politisch gestaltbar. Der Schlüssel dazu liegt in einer vollumfänglichen Integration, der wir uns mit aller Kraft widmen müssen – „ein bisschen integrieren“ gibt es nicht. Dafür müssen wir dauerhafte, nachhaltige Strukturen aufbauen. Die Weichen dazu müssen wir jetzt stellen. Und wir müssen sie schnell stellen: **Wir haben keine Zeit zu verlieren! Die wichtigsten Maßnahmen müssen kurzfristig, in großer Klarheit und mit voller finanzieller Deckung vorangetrieben werden.**

Die derzeitige hohe Zuwanderung hat ihre Ursachen in Großkonflikten und Krisen, vor denen wir die Augen nicht verschließen können. Seit Jahren hat die Flucht über das Mittelmeer zugenommen, haben der nicht enden wollende Krieg in Syrien, das Erstarken der radikalen Organisation „Islamischer Staat“ und die Wiederkehr autoritärer Regierungsformen, die politischen und wirtschaftlichen Folgen des „Arabischen Frühlings“ sowie eine globale Eigendynamik zu der derzeitigen massiven Zunahme an Geflüchteten geführt. Zugleich sind aber die europäische Staatengemeinschaft und auch Deutschland ihrer internationalen Verantwortung jahrelang nicht nachgekommen und haben z.B. keine Antwort auf die katastrophale Situation hunderttausender Menschen in den Flüchtlingslagern entlang der türkisch-syrischen Grenze gefunden.

In diesem Jahr werden Menschen in bisher nicht dagewesener Zahl in Deutschland wegen politischer oder religiöser Verfolgung Asyl beantragen. Sie suchen Schutz vor Krieg und Gewalt in ihren Heimatländern oder einen Ausweg aus der trostlosen wirtschaftlichen Situation. Viele werden bleiben und wollen hier eine neue Heimat finden. Die Schutzquote steigt derzeit kontinuierlich, mehr als jeder Zweite erhält derzeit bereits ein Aufenthaltsrecht in Deutschland. Viele werden aber auch wieder freiwillig gehen, sobald sich die Situation in ihren Heimatländern wieder verbessert. Andere werden ausreisen müssen.

Weder Europa noch Deutschland noch Sachsen waren auf diese hohen Zahlen vorbereitet. Die europäischen Mechanismen zur Koordination von Migration und Flucht funktionierten schon bei niedrigeren Flüchtlingszahlen nicht und versagen derzeit komplett. Die Hauptaufnahmeländer (Deutschland, Schweden, Österreich, Ungarn, Italien, Griechenland, Türkei) werden auf Dauer überfordert sein. Dabei ist nicht die absolute Anzahl der Flüchtenden das größte Problem, sondern der kurze Zeitraum, in dem die Migrationsbewegung zu bewältigen

ist sowie der Fokus der Flüchtenden auf wenige europäische Staaten.

Niemand konnte diese Entwicklungen genau voraussehen, sie stellen eine in diesem Ausmaß überraschende Herausforderung dar. Diese Herausforderung trifft zudem auf ein Sachsen, in dem Verwaltung, Politik und Gesellschaft schlecht auf diese Zuwanderung vorbereitet waren und sind. Objektiv fehlen uns ausreichende Erfahrungen mit Zuwanderung, mit dem organisierten Ankommen, dem Zusammenleben der Menschen verschiedener Herkunft und der Integration dieser Menschen. Es fehlen uns zudem flächendeckende und ausreichende Strukturen zur Aufnahme und Integration. Eine Ursache dafür ist die fehlende oder verfehlte Integrationspolitik der Union in den letzten 25 Jahren. Die SPD hat nun mit ihrer Regierungsbeteiligung einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik erkämpft.

Parallel zu den steigenden Flüchtlingszahlen erleben wir in Sachsen einen organisierten und immer weiter aufgepeitschten Angriff auf unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten häufen sich genauso wie Angriffe auf „fremd-aussiehende“ Menschen, Journalistinnen und Journalisten, Helfende und Aktivistinnen und Aktivistinnen oder Parteibüros. Spätestens seit der Spaltung der Pegida-Bewegung wird mit Floskeln aus dem Lager der Neuen Rechten eine rechts-revolutionäre Stimmung gegen Pluralismus und die Demokratie angeheizt – untersetzt mit dreisten Lügen. Auch die Vorbehalte größerer Teile der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte sind größer als anderswo. Moralische Linien wurden in den vergangenen Monaten immer mehr verschoben, getragen durch eine Radikalisierung in Sprache und Taten. Rechtsmotivierte und rassistische Übergriffe sind deutschlandweit massiv angestiegen. Wir müssen feststellen, dass Rassismus und rechtsmotivierte Gewalt in Sachsen besonders verbreitet sind.

Aus der Radikalisierung der 90er Jahre, aus der dann unter anderem der NSU entstanden ist, müssen gerade auch wir in Sachsen lernen und Konsequenzen ziehen. Eine (die potentiellen Gefahren mitdenkende) Beobachtung und Bewertung der Antiasyl- und sonstigen auf Abgrenzung und Abwertung bedachten Initiativen durch staatliche Sicherheitsbehörden wie dem Verfassungsschutz ist für uns unerlässlich. Dabei sind Bezüge zu anderen Kriminalitätsbereichen, wie etwa organisierte Kriminalität oder Drogen- und Waffenhandel, mit einzu- beziehen. Eine in Phänomensubstraten erfasste Kriminalität wird dem gesellschaftlichen Gesamtphänomen nicht gerecht.

Und dennoch kümmern sich von Beginn an Tausende Ehrenamtliche aufopferungsvoll um die Geflüchteten. Sie geben Sprachkurse, werden Patinnen und Paten, sammeln Fahrräder und Kleiderspenden. Sie übernehmen Lotsenfunktionen und organisieren Willkommensfeste. Auch viele Vereine, Organisationen und Unternehmen sehen sich bereits als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung zur Integration. Die helfenden auf Ehrenamt basierenden Strukturen von DRK bis THW verdienen alle unsere Unterstützung. Sie betreiben die Aufnahmeeinrichtungen. Sie organisieren die Versorgung. Auf unsere kontinuierliche strukturelle Unterstützung können sich die Verbände verlassen. Wir appellieren gemeinsam mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen an die Arbeitgeber dieser Engagierten: Es wird

absehbar weiter nötig bleiben, dass die Aktiven freigestellt werden.

Sie integrieren Geflüchtete in Sportvereine, in Kirchengemeinden oder in kulturelle Aktivitäten. Die Integration dieser Menschen ist eine große Aufgabe, die unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Sie kann jedoch nicht allein auf ehrenamtlichen Schultern liegen. Hier ist ein starker, handlungsfähiger Staat gefragt.

## 2. Was wir jetzt brauchen und tun müssen

Die zentrale Herausforderung der nächsten Monate und Jahre ist die gesellschaftliche Integration der zu uns gekommenen und zu uns kommenden Menschen. Gelingt sie, ist sie eine große und zugleich unverhoffte Chance für unser Land. Sie erfordert Kraft, Aufmerksamkeit und Ressourcen für jede und jeden Einzelnen, Räume und Menschen, Geld und Zeit, Solidarität und Akzeptanz. Die enorm hohe und wachsende Zahl der zu uns kommenden Menschen führt dazu, dass wir uns um jede und jeden Einzelnen weniger kümmern können als wir wollen und auch müssen. Die Signale mehren sich, dass uns diese aktuelle Entwicklung an die Grenzen unserer Fähigkeit zu Unterstützung und Integration führt. Darüber brauchen wir eine ehrliche Debatte.

Zu einer ehrlichen Politik gehört einerseits, dass sich die Zahlen der Fliehenden nur bedingt steuern und begrenzen lassen. Andererseits gehört dazu, dass wir eine realistische Prüfung humanitär verantwortbarer, legaler und praktikabler Maßnahmen zulassen, die dafür sorgen, dass die derzeitigen massiven Fluchtbewegungen zurückgehen.

Der wichtigste und nachhaltigste und gleichzeitig schwierigste Ansatz setzt in den Herkunfts- und Transitländern an:

**a. Wir müssen auf internationaler Ebene die Fluchtursachen bekämpfen.** Dafür müssen die Europäische Union und alle Mitgliedsstaaten gemeinsam ihre Verantwortung in der Welt stärker wahrnehmen. Politik muss langfristig und nachhaltig gedacht und gestaltet werden. Dazu gehört insbesondere eine überzeugende Friedenspolitik, ergänzt durch eine nachhaltige Entwicklungshilfepolitik. Es dürfte mittlerweile auch der letzten Person deutlich geworden sein: Wer den Blick von Krisen abwendet, wird die Folgen zwar zeitversetzt, aber eben auch in deutlich gesteigertem Maße zu spüren bekommen.

Die internationale Gemeinschaft steht in der humanitären Pflicht, den Menschen, die sich auf den gefährlichen Weg nach Europa machen, nach besten Möglichkeiten zu helfen. Die Möglichkeiten dafür sind noch nicht ausgeschöpft. Alle Länder der Europäischen Union, aber auch die arabischen Staaten und Nordamerika müssen sich an der Aufnahme der Geflüchteten beteiligen und dabei natürlich auch menschenwürdige Unterbringungs-

standards gewährleisten. Jeder EU-Mitgliedsstaat muss solidarisch sein gegenüber den Geflüchteten und gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten. Darauf muss Deutschland drängen.

Die Schließung nationaler Grenzen ist aus unserer Sicht keine sinnvolle und vor allem keine umsetzbare Option. Wer innerhalb der EU eine Grenze komplett schließt, muss sich auch der Konsequenzen bewusst sein: Geflüchtete im Nirgendwo im Stich zu lassen oder die eigene Verantwortung einfach an andere EU-Mitgliedsstaaten weiterzugeben. Das gefährdet die Basis der Europäischen Union.

Die EU-Außengrenzen mit dem Ziel zu kontrollieren, Flüchtende bereits beim Zugang Europas zu registrieren, ist hingegen ein wichtiges Ziel europäischer Flüchtlingspolitik. Wer die Kontrolle der Außengrenzen als Abschottung missversteht, bewirkt lediglich die Verschiebung der Migrationsbewegungen in Richtung anderer gefährlicherer und teurerer Routen, aber kein Absinken der Flüchtlingszahlen. Deshalb müssen wir den Staaten an den europäischen Außengrenzen dabei helfen, Migration humanitär, effektiv und unter strenger Beachtung der Rechtsmäßigkeit zu ordnen.

**b. Wir brauchen klare, schnelle und faire Verfahren.** Einfache Lösungen gibt es nicht. In Deutschland und Sachsen ist das erste Ziel, trotz der schwierigen Situation wieder zu einem geordneten Verfahren zu kommen. Das heißt, dass alle Geflüchteten vollständig und zügig registriert werden. Wir müssen die Asylantragsverfahren wesentlich beschleunigen und entbürokratisieren. Dafür sollten möglichst viele Asylanörungen auf schriftliche Erklärungen, bzw. Audio-Aufzeichnungen im Falle von nicht alphabetisierten Menschen, umgestellt werden. Insbesondere bei Asylverfahren von Menschen aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von nahezu 100% führt dies zu einer deutlichen bürokratischen Entlastung. Dabei muss auch bei beschleunigten Verfahren sichergestellt sein, dass Asylgründe substantiell vorgetragen und rechtlicher Beistand hinzugezogen werden kann. Menschen mit Bleibewahrscheinlichkeit müssen bereits während ihres Asylverfahrens zügig und umfassend integriert werden. Ausreisepflichtige Menschen müssen unser Land verlassen. Die letzte Möglichkeit dazu sind Abschiebungen, die menschlich vollzogen werden müssen. Praktikabler, menschlicher – und günstiger – ist es aber, Menschen, die freiwillig zurückreisen wollen, dies schnell und unkompliziert zu ermöglichen. Die Ausreiseberatung stellt dabei ein zentrales Angebot dar. Weiterführende Regelungen, die in Grundwerte eingreifen, wird es mit uns nicht geben. Das in internationalen Verträgen, internationalem Recht sowie dem Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl steht für uns nicht zur Debatte.

**c. Wir müssen uns jetzt, nicht erst in Zukunft, mit vollem staatlichen Einsatz um die vollumfängliche Integration kümmern.** Wenn wir jetzt zögerlich sind oder unter falschen Sparvorbehalten agieren, werden wir uns selbst die Probleme der Zukunft produzieren. Sach-

sen hat seine finanziellen Spielräume noch nicht ausgeschöpft. Abwarten ist die falsche Lösung. Wir müssen agieren und schnellstmöglich gleichberechtigte wirtschaftliche, kulturelle, soziale und politische Teilhabe eröffnen. Dann gestalten wir ein Sachsen, das aus den aktuellen Herausforderungen gestärkt hervorgeht. Dazu brauchen wir eine neue Konsequenz in der Integrationspolitik. Das bedeutet fördern und fordern für alle mit einer Bleibeperspektive – und damit Integration ab dem ersten Tag. Um mit der sozialen Integration möglichst frühzeitig zu beginnen, muss der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung möglichst kurz sein. Daher kann die beschlossene Verlängerung der maximalen Aufenthaltsdauer auf sechs Monate nur eine Übergangsregelung sein. Wir sprechen uns zudem dafür aus, dass auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen bereits integrationsfördernde Maßnahmen, wie Sprach – und Wegweiskurse angeboten werden. Für uns heißen die entscheidenden Integrationsmotoren Sprache, Bildung, Arbeit und Familie. Grundlage für eine gelingende Integration ist ein faires Miteinander. Das geht nur durch eine gerechte Teilhabe von Menschen, die für eine lange Zeit oder auf Dauer bei uns bleiben.

Unser Ziel ist gleichstellen, nicht besserstellen. Deshalb wäre es grundfalsch, in die Integration von Migrantinnen und Migranten zu investieren und gleichzeitig bei anderen sozialen Bereichen zu sparen. Es ist eine gigantische Herausforderung, den Prozess so zu organisieren, dass die hier Lebenden keine negativen Auswirkungen spüren. Aber alles dafür zu tun, dass der soziale Frieden gewahrt bleibt, das ist unser Anspruch. Um das zu erreichen, sind massive Investitionen und ein großer Ressourceneinsatz nötig, aber auch eine große Sensibilität.

**d. Schutzbedürftige Flüchtende genießen unseren besonderen Schutz.** Die Kinderrechtskonvention gilt selbstverständlich ohne Einschränkungen für alle Kinder, die in Deutschland leben. Sie müssen Zugang zu Betreuung, Schutz, medizinischer Versorgung und den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe haben. Für alle Kinder muss der Schutz vor Missbrauch und sexueller Gewalt auch in Erstaufnahmeeinrichtungen und in der Betreuung durch die Kommunen sichergestellt sein. Die Schutzmechanismen gelten ebenso auch für weitere besonders gefährdete Gruppen wie Frauen, Menschen mit Behinderungen oder LSBTTI.

Kinder und Jugendliche sollen wie alle anderen auch altersangemessen an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Das setzt eine offene, transparente, ernstnehmende Kommunikation durch die Behörden und Hilfestrukturen voraus.

Kinder haben das Recht auf bestmögliche gesundheitliche Versorgung. Gerade Kinder bedürfen nicht nur der Akut- und Notversorgung, sondern der präventiven und vorsorgenden medizinischen Versorgung – aus Kindeswohlgründen wie aus nachfolgenden Kostengründen.

Dass sich alle zu uns kommenden Menschen an das Grundgesetz zu halten haben, ist breiter Konsens. Darin allerdings sind die Kinderrechte leider immer noch nicht enthalten.

Deshalb ist es über die Vermittlung der Grundlage des Grundgesetzes hinaus wichtig, den geflüchteten Kindern und ihren Familien sowie den Geflüchteten ohne Familie die Rechte der Kinder auf Schutz, gewaltfreie Erziehung, Selbstbestimmung und Beteiligung, Förderung und Bildung als Maßstab bekannt zu machen.

Viele Frauen fliehen trotz größerer Hürden aus ihrer Heimat, die Ursachen dafür sind meist dieselben wie bei Männern. Doch auch geschlechtsspezifische Gründe treiben Frauen in die Flucht: häusliche Gewalt, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde oder Vergewaltigungen im Rahmen von Bürgerkriegen oder anderen Konflikten.

Für Frauen ist die Flucht unter menschenunwürdigen Umständen oft noch beschwerlicher als für Männer. Stärker als dies sind sie von sexuellen Übergriffen und von Gewalt bedroht.

**e. *Wir wollen, dass Sachsen allen eine Heimat sein kann.*** Wir werben für einen sächsischen Heimatbegriff, der offen ist. Wer fünf oder mehr Jahre in einer Stadt wohnt, fühlt sich oftmals heimischer als in dem Dorf oder Land, in dem er geboren ist. Diese Möglichkeit, die Heimat zu wechseln, macht sie offen für alle, die neu hinzukommen. Wir wollen aus den Geflüchteten, die hierbleiben, Sächsinnen und Sachsen machen. Einfach ist das natürlich nicht. Erfahrungen zeigen, dass Integration oft dann misslingt, wenn es an Achtung vor demokratischen Grundwerten, an Sprachkenntnissen, an Bildung und an Chancen auf dem Arbeitsmarkt fehlt. Schlechte Schulleistungen, fehlende Schulabschlüsse und Arbeitslosigkeit gehen einher mit gesteigertem Aggressionspotenzial und mit einem Rückzug in Parallelwelten. Man muss also die Sprache verstehen. Man muss mit den Menschen in Kontakt kommen. Man muss die Möglichkeit haben, sich mit seinen Fähigkeiten einzubringen und mitzuwirken. Zudem muss man verstehen, wie diese Heimat „tickt“ und welche kleinen Besonderheiten es dort gibt. Erst dann kann man heimisch werden. Ohne Integration ist es nicht möglich, heimisch zu werden. Wer auf Dauer oder auf längere Zeit in Deutschland bleiben kann, muss der Familiennachzug ermöglicht werden. Familiäre Geborgenheit ist ein entscheidender Faktor gelingender Integration. Für uns ist Heimat eine Einladung – die aber auch den Willen voraussetzt, diese Einladung anzunehmen.

Integration beinhaltet Verfassungspatriotismus. Das Grundgesetz gilt. Die SPD hat über 150 Jahre für Grundrechte, Emanzipation und Gleichstellung gekämpft, und wird sie gegen rechtskonservative und rechtsradikale Parteien genauso wie gegen ultrareligiöse Gruppierungen verteidigen – egal welcher Herkunft, Religion oder Partei. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen nach unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen leben. Gleichzeitig sollen sie darauf basierend ihre Kultur und Religion erhalten und pflegen können. Wir



freuen wir uns über eine Vielfalt verschiedener Kulturen.

**f. Wir müssen realistisch sein. Unter den Geflüchteten gibt es im Schnitt genauso viele Kriminelle, unsympathische Menschen oder Gewalttäterinnen und Gewalttäter wie im Schnitt der sächsischen Gesamtbevölkerung.** Straftaten von Geflüchteten müssen genauso bestraft werden wie bei jeder anderen Person auch. Staatsangehörigkeit spielt in unserem Rechtsstaat keine Rolle. Die Ursache von Gewalt liegt Menschen aber nicht in den Genen, sondern ist durch das soziale Umfeld bedingt. Mit der momentanen Unterbringungssituation schaffen wir problematische Räume, in denen Gewalt entstehen kann. Die Rahmenbedingungen der Unterbringung in Großunterkünften ohne Privatsphäre, die Langweile ohne Arbeit und sinnvolle Beschäftigung, die Hoffnungslosigkeit aufgrund drohender Abschiebung, die traumatischen Erfahrungen der Flucht oder das destruktive Verhalten von Einzelpersonen beinhalten die Gefahr, dass es zu Auseinandersetzungen und Gewalt zwischen den Geflüchteten kommt. Wir müssen das Gewaltmonopol des Staates in den Erstaufnahmeeinrichtungen erhalten. Aber wir müssen auch unser Bestes tun, damit die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen erträglich ist und einen Mindeststandard immer garantiert. Die momentanen Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind zwar von Einrichtung zu Einrichtung sehr verschieden, in vielen stecken aber Konfliktpotenziale. Interimslösungen für die Erstaufnahme dürfen keine Dauerlösung werden.

**g. Wir brauchen schnelle und ehrliche Kommunikation und eine klare Haltung.** Dafür benötigt es ein transparentes, tragfähiges Konzept, einerseits zwischen kommunaler, Kreis- und Landesebene und andererseits in der Öffentlichkeit. Die Planungen zu Erstaufnahmeeinrichtungen und die Verteilungen aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen müssen offen dargestellt und bei Entscheidungen konsequent politisch verfolgt werden. Wir erwarten von allen kommunalen Verantwortungsträgern in den Landkreisen, Städten und Gemeinden eine klare Haltung. Wir können diese Herausforderung nur meistern, wenn sich alle Kommunen an der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten beteiligen und offensiv für gesellschaftlicher Integration werben. In diesem Zuge müssen sich auch alle Landtagsabgeordneten ihrer Verantwortung für den ganzen Freistaat bewusst sein – und nicht nur die Interessen ihrer Wahlkreise oder ihrer vermeintlichen Klientel verfolgen. Im Landtag Rassismus verurteilen, aber vor Ort Vorbehalte schüren – das geht nicht.

Wenn man trotz harter Arbeit gerade so über die Runden kommt oder in der Grundsicherung landet, es kaum schaffen kann einen kleinen Wohlstand aufzubauen oder verzweifelt nach einen bezahlbaren Bleibe sucht, dann ist es berechtigt an der Leistungsgerechtigkeit zu zweifeln. Soziale Ungerechtigkeit und Härten haben ihre Ursachen aber nicht in den zu uns kommenden Menschen, sondern in verfehlter unsozialer Politik.

Mit sozialdemokratischer Politik stellen wir sicher, dass diese Menschen nicht gegen Geflüchtete ausgespielt werden, die für ihre Situation natürlich keine Schuld tragen. Wir



beenden die Niedriglohnpolitik, den fehlenden sozialen Wohnungsbau und wir haben den Mindestlohn gegen jahrelangen Widerstand durchgesetzt. Durch praktische Politik müssen wir zeigen, dass die Ablehnung gegenüber Fremden keine Lösung ist. Wir werden uns auch künftig für mehr soziale Politik einsetzen – etwa durch die Einführung einer Solidarrente oder den Einsatz für höhere Löhne.

***h. Die Frage nach der Integration der Geflüchteten darf die in Sachsen heimischen Menschen nicht gegen die Neuankömmlinge ausspielen.*** Der wahnwitzige Bürokratie-Einfall in einzelnen Kommunen in Westdeutschland, Einheimischen die kommunalen Wohnungen zu kündigen, um Platz für Geflüchtete zu schaffen, ist ein sozial- und gesellschaftspolitischer Irrweg. Es ist zudem offensichtlich, dass Marktradikale hoffen, soziale Errungenschaften im Rahmen der Flüchtlingskrise zurückdrehen zu können, indem sie die Aussetzung des Mindestlohns für Geflüchtete oder eine Erhöhung des Rentenalters fordern. Solche Forderungen haben mit der SPD keine Chance. Wir begreifen Integration als soziale und demokratische Frage, nicht als religiöse oder kulturelle Frage wie die (Rechts-)Konservativen. **Herkunft darf kein Schicksal sein** – das ist Anspruch der Sozialdemokratie seit über 150 Jahren. Sozial bedeutet, wir müssen uns um die Aufstiegschancen aller kümmern – für die Einheimischen genauso wie für die zu uns Geflüchteten. Wir wollen die mentale Trennlinie zwischen „Deutschen“ und „Zugewanderten“ überwinden. Wir fragen danach, welche Menschen Unterstützung für einen sozialen Aufstieg brauchen – und wie wir gemeinsam unser Land und unsere Gesellschaft voranbringen können.

***i. Wir begreifen Zuwanderung als Chance. Zuwanderung bedeutet, dass langfristig Arbeitsplätze gesichert werden.*** Zuwanderung ist für viele ländliche Kommunen eine längst verloren geglaubte Chance, die zum Erhalt lokale Infrastruktur beiträgt. Es sind wieder genügend Menschen da, um die Sportplätze mit Leben zu füllen. Der Fußballverein hat wieder elf Kinder für ein Team. Die sich bietenden Chancen müssen wir nutzen, auch wenn es viel Arbeit bedeutet.

***Dazu fordern wir konkret:***

***Fluchtursachen bekämpfen***

Um Fluchtbewegungen zu verlangsamen oder zu vermeiden, müssen ihre Ursachen bekämpft werden. Wenn Menschen sich einmal auf den Weg gemacht haben, werden sie diesen bis zum Ende gehen.

- Wir müssen in den Herkunftsländern ansetzen. Die Europäische Union und Deutsch-

land müssen in den aktuellen Kriegsgebieten wie Syrien auf einen Friedensprozess drängen. Das wird schwierig, ist aber zwingend notwendig.

- Die Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit muss insbesondere in den Krisenregionen ausgebaut werden. Dafür muss Deutschland endlich auch das Millenniumsziel erreichen, nach dem mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit investiert werden.
- Auf sächsischer Ebene bedeutet das, zum einen die regionale entwicklungspolitische Zusammenarbeit auszubauen und zivilgesellschaftliches Engagement aktiv zu fördern. Zum anderen muss Sachsen weiterhin mittels beruflicher Aus- und Fortbildung für qualifizierte Entwicklungshelferinnen und -helfer vor Ort sorgen sowie durch wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit in Krisenländern Hilfe und Wiederaufbauarbeit leisten.
- Schnell und dann dauerhaft müssen in den Flüchtlingslagern der Region die Versorgung und gesundheitlichen Bedingungen verbessert werden. Dazu müssen Langzeitperspektiven für die Menschen geschaffen werden, indem ihr Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheit verbessert wird. Das Welt-Ernährungsprogramm und der UNHCR sind dafür unverzüglich mit den entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten. Die Menschen in Jordanien, Libanon und der Türkei werden sich weiterhin in großer Zahl auf den Weg machen, wenn sie in den Flüchtlingslagern miserable Lebensbedingungen vorfinden und für sich und ihre Familien keine Perspektive sehen, weil sie nicht arbeiten dürfen. Kurzfristig müssen wir also die Anrainerstaaten Syriens bei der Aufnahme von Flüchtenden unterstützen.

### ***Gemeinsames europäisches und internationales Handeln***

Die Staaten der Europäischen Union müssen sich endlich gemeinsam der Aufgabe stellen, die Fluchtbewegung zu organisieren und zu bewältigen. Dazu muss man sich zunächst so schnell wie möglich über neue Grundlagen einer gemeinsamen Asylpolitik einigen.

- **Geflüchtete müssen** innerhalb der EU **gerechter verteilt werden**. Die Verteilung nach dem bisherigen Dublin-III-Verfahren ist gescheitert. Es braucht schnell eine verbindliche Quotenregelung. Wer sich weigert, muss entsprechende Ausgleichszahlungen leisten.
- Wir müssen in der Europäischen Union gemeinsame grundlegende **asylpolitische Standards festlegen**, diese verbindlich einhalten und zu diesem Zwecke natürlich auch zentral kontrollieren.
- An den Grenzen der EU müssen wir die entstehenden **Hotspots zu Asylzentren weiterentwickeln**. Zuerst müssen sie aber mit ausreichend Personal und Infrastruktur ausgestattet werden. Das Konzept muss ausgebaut werden, sodass es nicht nur Auffangstellen am Rande Europas sind. In Asylzentren soll unter humanitären Bedingun-

gen Anträge geprüft, Erstorientierung gegeben und dann verteilt werden.

- Die EU-Staaten an den unions-europäischen Grenzen müssen stärker unterstützt werden. Dazu braucht es nicht nur Finanzhilfen, sondern auch einen Know-How-Transfer sowie Personal.

### **Deutschland / Asylverfahren**

- Wir brauchen **effektive und beschleunigte Verfahren**. Dazu muss schnell und auch langfristig Personal im Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF) und den Zentralen Landesbehörden (ZAB) deutlich aufgebaut werden. Außerdem sind in Dresden, Leipzig und Chemnitz Außenstellen des BAMF auf Dauer vorzuhalten.
- Insbesondere bei Antragstellenden mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf Bleiberecht müssen die **Verfahren abgekürzt** werden. So könnten bspw. bei syrischen Staatsangehörigen aufgrund der nahezu hundertprozentigen Anerkennungsquote die Verfahren nach der Identitätsfeststellung und Sicherheitsüberprüfung positiv beschieden und beendet werden. Das würde die Einrichtungen des Landes entlasten und eine frühzeitige Integration in den Kommunen ermöglichen.
- Viele Asylantragsstellende fliehen vor der Armut und Perspektivlosigkeit in ihren Heimatländern. Da sie meist weder als politisch verfolgt noch als Kriegsflüchtlinge gelten, ist die Wahrscheinlichkeit auf ein Bleiberecht in Deutschland derzeit sehr gering. Für diese Menschen ist das Asylverfahren nicht der richtige Weg. Wir brauchen also andere legale Möglichkeiten der Zuwanderung für Armutsflüchtlinge. Um diesen Menschen eine faire Chance zu geben und diese Zuwanderung auch sinnvoll zu steuern, braucht es endlich ein **vernünftiges Einwanderungsgesetz** in Deutschland. Wir appellieren eindringlich an die Fraktionen im Deutschen Bundestag, insbesondere die bisher widerwillige CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schnell ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen.
- Die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes und die Einrichtungen der Kommunen müssen professionell betrieben werden. Für erträgliche, menschenwürdige Zustände in allen Erstaufnahmeeinrichtungen brauchen wir **einheitliche Mindeststandards**. Dazu gehören ausreichende soziale Betreuung, ein vollständiger Zugang für sinnvolle ehrenamtliche Betreuungsangebote und Angebote der Erstintegration, zu denen das Erlernen von Sprache, Regeln und Landeskunde gehört, sowie Schutzräume für Kinder, Mütter, Schwangere und Stillende.
- Auch Geflüchtete in den Erstaufnahmeeinrichtungen haben das Recht, ihr Leben selbstständig und ohne Stigmatisierung zu gestalten. Aus diesem Grund werden wir ihnen auch zukünftig Leistungen für den persönlichen Bedarf in Bargeld auszahlen. Sachleistungen schaffen neue bürokratische Hürden und zusätzliche Kosten, die wir vermeiden müssen. Die Verwaltungen dürfen nicht mit noch mehr Aufgaben belastet werden.

- Die **Rückkehrberatung** im Sinne einer Antragsberatung muss in den Erstaufnahmeeinrichtungen deutlich ausgebaut werden.
- Zum Schutz der LSBTTI-Flüchtenden muss gemeinsam mit den LSBTTI-Vereinen und Verbänden **ein Unterbringungs- und Betreuungskonzept** entwickelt werden.
- Wir brauchen in Sachsen **Migrationserstberatung**, die in allen gängigen Sprachen angeboten werden kann. Sie hat zum Ziel, die Integration aller in den Freistaat kommenden Menschen einzuleiten, zu steuern und zu begleiten.
- Bei der Bearbeitung von Asylanträgen ist die Geschlechtsperspektive einzubeziehen. Im Asylverfahren sind auch Sprachmittlerinnen und Sprachmittler einzusetzen. Zu prüfen ist, ob bundesweit gültige Kontingente für Flüchtlingsfrauen und ihr Kinder aus bestimmten Regionen einzurichten sind.
- Die **Erleichterungen für Bau und Sanierung von Unterkünften** u. a. im Gesetzespaket des Bundes sind richtig und müssen in Sachsen schnell umgesetzt werden. Bei der Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten wollen wir auch Initiativen zur Entwicklung und Verbreitung modularisierter Schnellbausysteme unterstützen, die in Zusammenarbeit mit dem lokalen Handwerk verhältnismäßig schnell und kostengünstig zu realisieren sind.
- Die Kosten für Kommunen für die Bereitstellung von Unterkünften sind vollständig durch Bund und Land zu übernehmen. Besonders die finanziellen Mittel für die soziale Betreuung müssen deutlich erhöht werden. Dafür ist das Finanzvolumen der Förderrichtlinie „Soziale Betreuung“ aufzustocken. Mittelfristig muss ein Betreuungsverhältnis von mindestens 1:100 von Fachkräften und qualifizierten Helferinnen und Helfer und Flüchtlingen finanziert werden. Mit Hinblick auf den zunehmenden Mangel an z.B. ausgebildeten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen werden wir die entsprechenden neuen Stellen auch für verwandte Berufsfelder oder Personen mit entsprechenden praktischen beruflichen bzw. ehrenamtlichen Vorerfahrungen öffnen. Besonders für längere Zeit in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten mit entsprechenden Sprachfähigkeiten könnten sich so vermehrt berufliche Perspektiven in diesem Bereich ergeben.

### **Integration durch Bildung**

Erstes zentrales Instrument für eine erfolgreiche Integration ist Bildung. Dies beinhaltet nicht nur den Zugang zu Bildungseinrichtungen. Es muss den Geflüchteten deutlich gemacht werden, dass ihnen in Deutschland ein sozialer Aufstieg möglich ist, wenn sie ihre Bildung ernst nehmen. Dafür muss man ihnen auch eine echte Chance geben. Viele Geflüchtete – vor allem Frauen – haben einen echten Bildungshunger, weil sie teilweise aus aufstrebenden, aber ausgebremsten Mittelschichten ihrer Heimatländer stammen oder ihnen durch Kultur, Krieg, Diskriminierung oder Armut der Weg zu Bildung versperrt war.

- Wir brauchen eine **verbesserte Beratung** für den individuellen Bildungsweg, da es schwierig ist, sich in der aktuellen Vielzahl an Regelangeboten zurecht zu finden. Eine Möglichkeit wären **Welcome-Center**, die diese Orientierung bieten und zentrale Beratungsangebote in den Bereichen Bildung sowie Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen bündeln können. Von hier aus kann auch der Einsatz von Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittlern koordiniert werden.
- Es muss ein **Programm interkultureller Bildung** für die schulische und frühkindliche Bildung aufgelegt werden. Nur so können mögliche Vorurteile gegenüber Kindern in der Schule vermieden werden. Gleichzeitig müssen wir bessere **Konzepte für die interkulturelle Elternarbeit** entwickeln, um die Eltern der Kinder mit Migrationshintergrund besser in den Bildungsprozess ihrer Kinder einzubeziehen.
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen angemessen untergebracht, betreut und versorgt werden. Die qualifizierte und standardisierte Alterseinschätzung obliegt ausschließlich dem zuständigen Jugendamt. Bei allen betreffenden Entscheidungen muss in jedem Fall das **Kindeswohl der Maßstab** sein. Deshalb dürfen bestehende Standards nur befristet abgesenkt werden.
- Die Versorgung mit **Kitaplätzen muss abgesichert werden**. Dabei müssen wir auch kultursensible Angebote schaffen und ausbauen.
- Wir wollen, dass die **Schulpflicht** eingehalten wird, dies gilt auch für Kinder und Jugendliche, die längere Zeit in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Wir werden nicht die Diskriminierung fortsetzen, denen Kinder und Jugendliche – etwa der Roma-Minderheit – in ihren Heimatländern ausgesetzt waren.
- Die Vorbereitungsklassen mit den DaZ-Stunden (Deutsch als Zweitsprache) müssen ausgeweitet und an allen Schulformen angeboten werden, um den zu uns kommenden Kindern und Jugendlichen einen optimalen Einstieg zu ermöglichen. Das umfasst Gymnasien ebenso wie Berufsschulen unterschiedlicher Fachrichtungen.
- Wir brauchen Angebote für Jugendliche mit geringer Vorbildung, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen. Dabei muss der Einzelfall im Vordergrund stehen. Das Ende der Schulpflicht darf nicht bedeuten, dass die jungen Erwachsenen auf Abendschule und ehrenamtliches Engagement angewiesen sind. Wir müssen aufhören, dieses Potenzial zu verschenken. Die Teilnahme an **Berufsorientierungsklassen** in Berufsschulzentren bis 27 Jahre müssen wir erhalten und weiter ausbauen.
- Der **Zugang zu den Hochschulen** und anderen Einrichtungen des tertiären Bildungssektors muss ermöglicht bzw. erleichtert werden. Hochschulen sind aufgefordert, Geflüchteten mit akademischem Hintergrund schon vor ihrer Anerkennung Zugang zu einem Teil ihrer Vorlesungen – etwa den englischsprachigen – zu ermöglichen, wie dies beispielsweise die TU Dresden bereits in diesem Semester macht.
- Wir brauchen in unseren **Bildungseinrichtungen mehr Personal**. Uns muss klar sein, dass wir hier im bundesdeutschen Wettbewerb stehen. Den möglichen Kandidatinnen und Kandidaten müssen deswegen attraktive Arbeitsbedingungen geboten

werden. Ein-Jahres-Verträge, wie aktuell vom Kultusministerium neuen DaZ-Lehrerinnen und -Lehrern angeboten, sind definitiv kein Anreiz, in Sachsen zu unterrichten. Hierbei gilt es einen besonderen Fokus auf den ländlichen Raum zu legen, damit kein Leistungsgefälle entsteht.

- Wir müssen auch die Potenziale der zu uns kommenden Menschen in diesem Bereich nutzen und sie als Akteure verstehen. Migrantinnen und Migranten können mit entsprechender Qualifikation als Lehrerinnen und Lehrer oder Erzieherinnen und Erzieher arbeiten.

### **Deutschkenntnisse vermitteln**

- Schlüssel für eine erfolgreiche Integration ist die Sprache. Das **Angebot von Sprachkursen** muss dringend ausgebaut und verbessert werden. Wir wollen, dass alle Menschen, die zu uns kommen, Deutsch lernen, um sich im Alltag zurecht zu finden. Sie sollen den für sie besten Bildungsabschluss erreichen und einen guten Arbeitsplatz finden. **Grundlegende Deutschkenntnisse** müssen frühzeitig vermittelt werden. Laut Koalitionsvertrag haben in Sachsen „alle Migrantinnen und Migranten Anspruch auf einen kostenlosen Sprachkurs mit mindestens Sprachniveau A2“. Einschränkungen beim Zugang und finanzielle Hürden halten wir für nicht sinnvoll. Diesen Grundanspruch wollen wir schnellstmöglich verwirklichen. Durch geeignete Angebote sollten Geflüchtete, die lange oder auf Dauer hier bleiben, auch ein höheres Sprachlevel erreichen.
- Generell sind die finanziellen Leistungen für die Sprach- und Integrationskurse des BAMF und berufsbezogener Sprachförderung der Bundesagentur für Arbeit aufgrund der geänderten Bedarfslage deutlich auszuweiten. Die darüber hinaus ggf. bestehende Förderlücke ist durch den **Einsatz von Landesmitteln** zu schließen.
- Die **geplante Öffnung der Integrationskurse** des Bundes für Asylsuchende und Geduldete mit guter Bleibeperspektive ist zu begrüßen. Eine zeitnahe und bedarfsgerechte Umsetzung durch die Bundesregierung ist erforderlich.
- In allen gesellschaftlichen Bereichen muss für Patenschaften in Sport, Kultur oder Freizeit geworben werden. Sprache wird nicht nur in Kursen gelernt, sondern besonders im Alltag gefestigt.

### **Beschäftigung und Ausbildung sicherstellen**

Durch Arbeit können die geflüchteten Menschen finanziell unabhängig werden, soziale Kontakte aufbauen und ihre Sprachkenntnisse ausbauen. Damit ermöglicht Arbeit ihnen die soziale Teilhabe in Deutschland und spart der Gesellschaft Sozialausgaben.

- **Asylverfahren müssen beschleunigt werden.** Die geringe Rechtssicherheit während



des Anerkennungsverfahrens ist ein zentraler Hinderungsgrund für eine rasche Integration in Ausbildung oder Beschäftigung.

- Die vorhandenen **Kompetenzen und Qualifikationen** geflüchteter Menschen müssen **frühzeitig festgestellt** werden. Nur so kann eine adäquate Vermittlung in Ausbildung, Studium oder Beschäftigung gewährleistet werden. Hierfür könnten die Agenturen für Arbeit, folgend dem Pilotprojekt in Chemnitz, Kompetenz- und Qualifikationsfeststellungen sowie Beratung der geflüchteten Menschen flächendeckend und regelmäßig bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen vornehmen.
- Programme wie „Early Intervention“, die Geflüchtete gezielt für den Arbeitsmarkt fit machen und sie vermitteln, müssen flächendeckend ausgebaut werden. Die Kompetenzen des IQ-Netzwerk Sachsen müssen intensiv genutzt werden.
- Zügige **Anerkennungsverfahren ausländischer Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüsse** müssen angeboten und deren Bearbeitung auch personell abgesichert werden, die Ansiedlung von diesbezüglichen Beratungsangeboten bei den lokalen Jobcentern und BAs hat sich dabei bewährt. In Dresden hat sich dazu als zentraler Anlaufpunkt die Idee einer „Migrationsagentur“ etabliert. Wir werden auch die Möglichkeiten zur partiellen und modularisierten beruflichen Nachqualifikation ausbauen und so bestehende Unterschiede im Studien- und Ausbildungsablauf im Sinne der Geflüchteten auflösen. Die Anerkennung eines Schul-, Hochschul- oder Berufsabschlusses darf keine Alles-oder-nichts-Entscheidung sein.“
- Jungen Asylsuchenden und Geflüchteten muss der **Zugang zur beruflichen Ausbildung** erleichtert werden. Die Ergänzung des Aufenthaltsgesetzes durch das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen und sollte im nächsten Schritt noch verbindlicher geregelt werden: **Die Altersgrenze von 21 Jahren** für den Ausbildungsbeginn **muss aufgehoben** oder zumindest deutlich angehoben werden. Und während der gesamten Berufsausbildungsphase und während einer Anschlussbeschäftigung muss für mindestens zwei Jahre **eine Duldung erteilt** werden. Damit haben die ausbildenden Betriebe und die jungen Menschen eine hinreichend sichere Perspektive im Sinne einer gelingenden Integration.
- Um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, sollte die **Vorrangprüfung** – unter Beibehaltung der Sicherung der Mindeststandards – abgeschafft werden.
- Die Regelungen zum Verbot einer Beschäftigung in der Zeitarbeit für Drittstaatsangehörige im Aufenthaltsgesetz sollten überprüft werden.
- Wir wollen die Koordination zwischen den arbeitsmarktrelevanten Akteuren verbessern. Hierzu sollen das Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (SMWA) und die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration (SMGI) weitere Fachveranstaltungen, ähnlich dem gemeinsamen Verbändegespräch, zur verbesserten Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung initiieren. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die **Zusammenarbeit der arbeitsmarktrelevanten Akteure** auf regionaler



bzw. kommunaler Ebene gerichtet werden.

- Wir brauchen zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, beispielsweise Lotsinnen und Lotsen oder Mentorinnen und Mentoren, die einzelne Asylsuchende begleiten und Hilfe aus einer Hand bieten. Ein Förderprogramm des SMWA, das zunächst modellhaft erprobt wird, soll hier Abhilfe schaffen. Gleichzeitig müssen in den lokalen Bundesagenturen für Arbeit und den Jobcentern zentrale **Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Geflüchtete** und andere Migrantinnen und Migranten eingesetzt werden.
- Menschen im Asylverfahren werden von der Bundesagentur für Arbeit betreut (SGB III). Erhalten sie eine Anerkennung, wechseln sie regelmäßig zum JobCenter (SGB II). Dieser Rechtskreiswechsel muss so organisiert werden, dass er möglichst ohne Reibungsverluste abläuft.
- Um Geflüchteten und Asylsuchenden die Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung zu erleichtern, sollte das SMWA – im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der Richtlinie Mikrodarlehen – die Voraussetzungen dafür schaffen, den Zugang für geflüchtete Menschen zu den Beratungs- und Finanzierungsangeboten im Bereich der **Existenzgründungsförderung** zu erleichtern, insbesondere bei der Kurzberatung und beim Mikrodarlehen.

### **Medizinische Versorgung sicherstellen**

Jeder Mensch hat das Recht auf Gesundheit. Die gesundheitliche Versorgung der Asylsuchenden ist im Moment nicht ausreichend gewährleistet.

- Sachsen braucht die **Gesundheitskarte für Asylsuchende**. Sie können so direkt Ärztinnen und Ärzte – ohne den Umweg Sozialamt und Behandlungsschein – aufsuchen. Die Abrechnung erfolgt über die Krankenkasse, nicht umständlich über die Ärztinnen und Ärzte und das Amt. Kommunen und Ärztinnen und Ärzte werden bürokratisch stark entlastet. Asylsuchende bekommen unkompliziert medizinische Hilfe. Die Gesundheitskarte soll auch eine oft notwendige psychologische Betreuung ermöglichen. Dadurch kann der spätere Behandlungsaufwand in der Akutversorgung minimiert werden.
- Wir müssen in ganz Sachsen ähnliche Strukturen wie die **Flüchtlingsambulanz** in Dresden aufbauen. Diese sollen ein zentraler Punkt für die medizinische Versorgung von Asylsuchenden sein. Leipzig und Chemnitz richten im Moment ebenfalls solche Ambulanzen ein. In den Landkreisen müssen wir andere Lösungen finden. Hier wären Ambulanzen, angeschlossen an große Krankenhäuser der Region, gute zentrale Versorgungspunkte.
- Unter den Geflüchteten sind viele Menschen mit Traumata, die sie durch die Ereignisse in ihrer Heimat, während der Flucht oder auch wegen der vollkommen neuen

Situation in Deutschland entwickelt haben. Besonders häufig sind posttraumatische Belastungsstörungen. Diesen Menschen müssen wir helfen. Wir brauchen dringend ein landesweites **Netzwerk an Traumaberatungsstellen bzw. Traumaambulanzen**. Dazu sollten bestehende Strukturen und bereits entwickelte Kompetenzen erhalten und weiter ausgebaut werden.

### ***Kommunen bei der Integration stärker unterstützen***

Integration findet vor Ort statt. Es sind die Begegnungen im Dorf, im Stadtviertel und kommunalen Begegnungsräumen, in den Kitas, Schulen und am Arbeitsplatz, die Vorurteile abbauen. Städte und Gemeinden müssen deshalb gestärkt werden. Wir brauchen vor Ort Strukturen, die diese Integrationsaufgabe leisten können.

- Eine stärkere **Förderung des sozialen Wohnungsbaus** und damit auch die Verhinderung einer sozialen Ghetto-Bildung waren für die SPD Sachsen schon vor der derzeitigen Flüchtlingssituation ein Thema. Die gerade erhöhten Städtebaumittel müssen in diesem Sinne eingesetzt werden.
- Ohne das Engagement vieler Menschen vor Ort wäre es kaum möglich, die Herausforderungen zu bewältigen. Mit der Förderrichtlinie „**Integrative Maßnahmen**“ gibt es jetzt ein Instrument, mit dem das Ehrenamt finanziell unterstützt werden kann. Wir müssen diese aber **deutlich besser ausstatten**. Die Mittel für die Jahre 2015 und 2016 sind weit überzeichnet, die Nachfrage ist riesengroß.
- Wir brauchen aber nicht nur Geld. Ehrenamtliches Engagement muss durch hauptamtliche Strukturen entlastet werden. Wir brauchen mehr **Integrationskoordinatorinnen und Integrationskoordinatoren**, um die Arbeit vor Ort besser zu unterstützen.
- Manche Fußballvereine, die Jugendabteilungen aufgrund fehlender Jugendlicher schließen hätten müssen, haben nun wieder 11 Spielerinnen und Spieler auf dem Feld. **Sport** ist eine der einfachsten Plattformen, um zusammenzukommen und sich kennenzulernen. Es ist eine der besten Möglichkeiten für eine unkomplizierte Integration in die Gesellschaft. Die Konzepte „Integration durch Sport“ und „Zusammenhalt durch Vielfalt“ sowie dessen finanzielle Stützung sind ein Anfang, um das Engagement der Sportvereine zu befördern und müssen jetzt verstärkt werden. Wir müssen die Sportförderung in Sachsen unter dem Aspekt der Integration erhöhen.

### ***Demokratische Kultur stärken***

Der starke Anstieg rechtsmotivierter und fremdenfeindlicher Angriffe zeigt einmal mehr, dass unsere Demokratie und unsere demokratischen Werte verteidigt werden müssen. Zudem sollten wir Geflüchteten, die für lange Zeit oder auf Dauer bei uns bleiben, ermöglichen, sich an den politischen Entscheidungen in unserer Gesellschaft beteiligen.

- **Programme gegen Rechtsextremismus:** Wo Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und ein organisiertes Nazi-Netzwerk bestehen und jeder ausgegrenzt wird, der „anders aussieht“, kann Integration nicht funktionieren. Der Kampf gegen Nazis und Fremdenfeindlichkeit ist daher ein zentraler Schritt hin zu mehr Integration. Diesen Kampf müssen wir auf allen Ebenen in unserer Gesellschaft führen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure müssen wir weiter stärken und schützen. Das **Programm „Weltoffenes Sachsen“** ist ein starkes Instrument, um die Verbände, Vereine und Initiativen, die sich tagtäglich für demokratische Kultur einsetzen, zu fördern. Wir werden ihre Arbeit weiter unterstützen. Kürzungen kommen genauso wenig in Frage wie eine Neuauflage der Extremismusklausel.
- Die Sicherheitsbehörden sind besonders gefordert. Einerseits muss dem besorgniserregenden Anstieg an rassistisch motivierten Übergriffen auf Migrantinnen und Migranten, Asylsuchendenunterkünfte, Helferinnen und Helfer sowie staatliche Stellen, aber auch rechter Hetze im Internet mit voller Kraft Einhalt geboten werden. Andererseits müssen Sicherheit und Ordnung in den Flüchtlingsunterkünften aufrechterhalten und durchgesetzt werden. Dazu brauchen wir **effektive Gefahrenabwehr sowie konsequente und schnelle Strafverfolgung**. Diese Aufgabe wird besonders für die sächsische Polizei in nächster Zeit noch an Bedeutung gewinnen. Deshalb ist unabhängig von der Arbeit der Fachkommission Polizei nicht nur der Stellenabbau bei Polizei und Justiz vollumfänglich zu stoppen. Für mehr Rechtsstaat und mehr Sicherheit brauchen wir mehr Polizei und mehr Stellen in Staatsanwaltschaften und Gerichten, um Ermittlungsverfahren im Rahmen der gesetzlichen Regelungen in kürzester Zeit von der Anzeige bis zum Urteilsspruch zu führen.
- **Antidiskriminierung:** Sachsen soll der Koalition gegen Diskriminierung beitreten und entsprechend der Schwerpunkte der Absichtserklärung im Freistaat wirken.
- Die Herausforderung der **doppelten Integration** besteht darin, auch die Sächsischen und Sachsen auf die Veränderungen einer Einwanderungsgesellschaft vorzubereiten. Das ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe.
- 25 Jahre nach der Deutschen Einheit wird deutlich, dass es falsch war anzunehmen, demokratische Einstellungen würden einfach übernommen. Sie müssen gelernt werden. Deshalb brauchen wir eine **politische Bildungsoffensive in Sachsen**: Statt lediglich formale Aufgaben demokratischer Institutionen zu vermitteln, müssen Empathie und Leidenschaft fürs Mitmachen entfacht und Kompetenzen wie Konflikt- und Diskussionsfähigkeit gezielt entwickelt werden. Eine spezielle Zielgruppe müssen dabei auch die Geflüchteten werden, vielleicht sogar in Verbindung mit Erfahrungen zu Diktatur und Demokratie in Ostdeutschland. Der Durchschnitt der Geflüchteten ist wie der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung – auch dort gibt es gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Um die öffentliche **Verwaltung** im Umgang mit der Vielfalt in der Gesellschaft zu stärken, muss sie sich **interkulturell stärker öffnen**. Interkulturelle Kompetenzen sind zu stärken und der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst zu erhöhen.

- Das von uns geforderte **kommunale Wahlrecht** für Ausländerinnen und Ausländer oder andere Arten der Beteiligung könnte einen Beitrag zur Integration in das Gemeinwesen leisten.
- Die deutsche Staatsbürgerschaft sollte leichter zu erlangen sein, und Restriktionen bei der doppelten Staatsbürgerschaft abgeschafft werden.

**Wir brauchen ein sächsisches Integrationsgesetz.** Die einzelnen aufgeführten Maßnahmen zur Integration müssen in einem Gesetz zusammengeführt und damit in eine einheitliche Struktur gefasst werden. Mit einer gesetzlichen Grundlage sollen Teilhabe, Rechte und Pflichten sowie Ressourcen verbindlich festgeschrieben werden.

Die vielen zu uns Kommenden sind eine Chance für unsere Gesellschaft. Es geht deshalb in der sächsischen Politik nicht länger um eine Anpassungsstrategie an eine negative demografische Entwicklung, sondern um eine mutige, aktive Gestaltung unserer Zukunft. Die technischen und finanziellen Mittel, um dieser Herausforderung gerecht zu werden, sind vorhanden. Wir müssen sie nur richtig einsetzen. **Darum ist jetzt die Zeit für Politik: für Entscheiden, Überzeugen und Handeln!**